

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 72 (1975)

Heft: 9

Artikel: Wirtschaftsentwicklung : soziale Sicherheit?

Autor: Schlumpf, Leon

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838945>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschrift für öffentliche Fürsorge

Nr. 9 September 1975
72. Jahrgang

Beilage zum «Schweizerischen Zentralblatt für
Staats- und Gemeindeverwaltung»

Monatsschrift für öffentliche Fürsorge
und Jugendhilfe. Enthaltend die Entscheide
aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozial-
versicherungswesens. Offizielles Organ der
Schweizerischen Konferenz für öffentliche
Fürsorge. Redaktion: Dr. M. Hess-Haeberli,
Waldgartenstrasse 6, 8125 Zollikerberg
Telefon (01) 63 75 10. Verlag und Expedition:
Orell Füssli Graphische Betriebe AG, 8036 Zürich
Jährlicher Abonnementspreis Fr. 26.–.
Der Nachdruck unserer Originalartikel ist
nur unter Quellenangabe gestattet

Wirtschaftsentwicklung – Soziale Sicherheit?

Ständerat Dr. *Leon Schlumpf*, Eidgenössischer Preisüberwacher

Referat anlässlich der Jahresversammlung der Konferenz für öffentliche Fürsorge vom 27. Mai 1975 in Murten

I.

Im Thema und im Fragezeichen im Titel gelangt die Thematik zum Ausdruck, zu der ich mich äussern darf: Besteht ein relevanter Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und sozialer Sicherheit; worin gegebenenfalls bestehen diese Zusammenhänge, wie sind sie im Blick auf die heutigen Aktualitäten zu beurteilen?

Gemeint sind die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande und der sozialstaatlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die evident sind. Der Ausbau des Sozialstaates, der sozialen Einrichtungen und all dessen, was zur sozialen Sicherheit gehört, wäre in diesem Umfang und vor allem auch in diesem Tempo und mit dieser Intensität gar nicht möglich gewesen, wenn wir nicht eine stark wachsende Wirtschaft, eine derart tragfähige Volkswirtschaft erreicht hätten. Einige Zahlen sollen dartun, wie gewaltig das volkswirtschaftliche Wachstum seit dem Zweiten Weltkrieg, vor allem aber im Verlaufe der letzten zehn bis zwanzig Jahre, war.

Das Bruttosozialprodukt entwickelte sich von 37 Milliarden Franken im Jahre 1960 auf 140 Milliarden Franken im Jahre 1974. Es hat sich innerhalb von fünfzehn Jahren nahezu vervierfacht. Die Bauinvestitionen der öffentlichen und der privaten Hand betrugen im Jahre 1960 6 Milliarden Franken und erreichten im Jahre 1973 26 Milliarden Franken, haben sich innerhalb von vierzehn Jahren vervierfacht.

Der Aussenhandel — Import/Export — weist eine gleichartige Entwicklung auf. Im Jahre 1960 betrug der Import 9,6, der Export 8,1 Milliarden Franken. Im Jahre 1974, als der Export noch kaum von rezessiven Erscheinungen berührt wurde, erreichte das Exportvolumen 35 Milliarden Franken, das Importvolumen rund 43 Milliarden Franken. Das sind einige Indikatoren für das gewaltige Wachstum unserer Volkswirtschaft in den letzten fünfzehn Jahren.

Der Ausbau der sozialen Sicherheit verlief nach allen verfügbaren Dokumentationen parallel, vielleicht sogar etwas mehr als parallel, weil richtigerweise ein Nachholbedarf aus den beiden Vorjahrzehnten bzw. seit dem Zweiten Weltkrieg aufgeholt wurde. Auch hierzu einige Zahlen. Die Beiträge des Bundes an die Sozialeinrichtungen, die von ihm alimentiert werden, betrugen im Jahre 1960 122 Millionen Franken, im Jahre 1973 1,6 Milliarden Franken, d. h. dass sie sich ungefähr verdreizehnfachten; für die gleiche Zeit betrug der Multiplikator beim Bruttosozialprodukt 3,5 und für den Gesamtaufwand des Bundeshaushaltes 4,5, also wesentlich weniger als die Zuwendungen an die zentralen Sozialeinrichtungen AHV/IV. Von 1960 bis 1974 hat sich auch der Anteil der Bundesaufwendungen für sozialstaatliche Einrichtungen — soziale Wohlfahrt — im allgemeinen vergrössert. Er betrug im Jahre 1960 16 % und wuchs bis 1973 auf 21 %. Hinzu kommen neben den Direktzahlungen für soziale Einrichtungen vielfältige Verbesserungen anderer sozialstaatlichen Vorkehren, die uns gelegentlich gar nicht mehr präsent sind, weil sie selbstverständlich wurden. Ich denke beispielsweise an die sozial motivierten oder mindestens nach sozialen Gesichtspunkten abgestuften Leistungen des Bundes (landwirtschaftliche Arbeitnehmerbeiträge, Wohnbausanierungen, Wohnbauförderung usw.) und an das in erfreulichem Ausbau befindliche Stipendienwesen in unserem Lande. Das allein aber, diese Leistungen der öffentlichen Hand auf Bundesebene, auf kantonaler und auf kommunaler Ebene, macht nicht unsere soziale Sicherheit aus. Ebenso wesentlich und heute wieder augenfälliger geworden als noch vor kurzem ist die soziale Sicherheit in einem weiteren Sinne. Ich denke an die Chancenverbesserung für unsere Einwohner, vor allem für die junge Generation, nicht zuletzt dank einem überaus erfreulichen Ausbau der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, an die vielfältigen Wahlmöglichkeiten für Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Dazu gehört auch die Sicherung des Arbeitsplatzes, der hohe Grad von Vollbeschäftigung, den wir über Jahrzehnte verzeichnen durften. Und dazu gehört insbesondere die Verbesserung der realen Einkommen, nicht nur der Teuerungsausgleich, sondern auch die Zunahme des Realeinkommens. Erstaunlicherweise erfuhren die realen Einkommen in unserem Lande noch im Jahre 1974 eine Verbesserung von rund zwei Prozent. Mit diesem Wachstum des realen Einkommens ist eine Zunahme persönlicher Disponibilitäten, eine Wohlstandsvermehrung mit entsprechender Verbreiterung und eine Ausweitung der menschlichen Entfaltungsmöglichkeiten verbunden. Und ich denke ferner an *die gerechte Verteilung des Wirtschaftsproduktes*; die verwendeten Zahlen sind allein noch nicht aussagekräftig für den Stand der sozialen Sicherheit oder der sozialen oder gesellschaftlichen Gerechtigkeit in einem Lande. Wichtig ist ebenfalls die Regelung des Verteilproblems in bezug auf das Sozialprodukt, eine gerechte Verteilung nach Bevölkerungskreisen, nach Berufsgruppen, aber auch unter regionalen Gesichtspunkten.

Deshalb einige Zahlen zur Verteilung unseres Sozialproduktes, unseres wirtschaftlichen Potentials. Die Indizes der Löhne und Gehälter entwickelten sich nominell — nicht real — von 1950 bis 1973 wie folgt:

<i>Lohnindex</i>		
<i>Arbeiter</i>	1950	203
	1973	808
<i>Angestellte</i>	1950	183
	1973	636

Der Lebenskostenindex, der einen Teil dieser nominellen Vermehrung der Löhne und Gehälter wieder konsumierte, entwickelte sich in dieser Zeit — bis 1966 um rund 40 Prozent und seit 1966 nochmals um rund 40 Prozent —, in einem viel kleineren Ausmass. Wie haben sich die Einkommen bei Arbeitnehmern und Selbständig-erwerbenden unter dem Gesichtspunkt einer möglichst gerechten Verteilung gestaltet? Die Arbeitnehmereinkommen erreichten im Jahre 1950 10,5, die Geschäftseinkommen 3,7, das Bruttosozialprodukt 20 Milliarden Franken. Im Jahre 1973 betrugen das Arbeitnehmereinkommen 70, die Geschäftseinkommen 16 Milliarden Franken, das Bruttosozialprodukt 131 Milliarden Franken. Das Verhältnis hat sich zu Gunsten des Arbeitnehmereinkommens etwas verbessert. Es wuchs von 10:4 im Jahre 1950 auf 9:2 im Jahre 1973, wobei natürlich auch gesagt werden muss, dass sich die Zahl der Arbeitnehmer in dieser Zeit vermehrte. Als Ergebnis dieser kurzen Betrachtungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, zum Ausbau der sozialen Sicherheit und zum Problem einer möglichst gerechten Verteilung unseres Sozialproduktes darf festgestellt werden, dass wir seit dem Zweiten Weltkrieg ein ausserordentlich starkes Wirtschaftswachstum mit einer weiten Streuung des Nutzens verzeichnen können. Wir dürfen weiter feststellen, dass die soziale Sicherheit im weiteren Sinne — über die sozialstaatlichen Einrichtungen hinaus — parallel dazu gestärkt wurde. Mir scheint deshalb, dass wir zur Wirtschaftsentwicklung der Vergangenheit ja sagen dürfen. Es ist unrealistisch und ungerecht, wenn die wirtschaftliche Entwicklung der letzten dreissig Jahre verketzert oder herabgewürdigt wird, wenn übersehen wird, dass diese Entwicklung notwendig war, um zu diesem Stand der sozialen Sicherheit, der allgemeinen Wohlfahrt für breite Kreise unseres Landes zu gelangen. Was wir auf diesem Gebiete unter dem Gesichtswinkel einer sozialen, gesellschaftlichen Gerechtigkeit erreichen konnten, zumindest ein wesentlicher Teil davon, wäre gar nicht möglich gewesen ohne diese wirtschaftliche Entwicklung, über die gelegentlich recht negative Urteile abgegeben werden. Selbstverständlich sind zu Recht Vorbehalte anzubringen. Sie betreffen Auswüchse, die wir zu leicht hingenommen haben, Übersteuerungen und Begleiterscheinungen des gelegentlich fast stürmischen Wachstums, die nicht in allen Teilen bewältigt werden konnten, so etwa das Problem der exponentiell verlaufenden Teuerung, der Inflation der letzten Jahre.

II.

Die kontinuierliche Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte hat einen Einbruch und Unterbruch erfahren. In einer ersten Phase wurde sie in ihrer Qualität

in Frage gestellt durch Überhitzungserscheinungen. Damit einher gingen Inflation und Teuerung, die im Jahre 1973 auch in unserem Lande bis zu einer Zuwachsrate von ungefähr 12 % anwuchs. Diese Inflationsprobleme durften nicht hingenommen werden, wenn nicht wieder neue Probleme des sozialen Ausgleiches und der sozialen Sicherheit geschaffen werden wollten. Und dieser Inflationsphase der ersten siebziger Jahre, denen der Bund mit dem Massnahmenpaket vom Jahre 1972 zu Leibe zu rücken versuchte, hat sich nun überaus brüsk die Phase der wirtschaftlichen Stagnation bzw. Rezession angeschlossen. Aus dem Nachfrageüberhang, ausgelöst nicht zuletzt durch eine ungeheure Geldmengenvermehrung, welche den Konsum übermässig anheizte und das Angebot an Waren und Dienstleistungen überforderte, entstand in kürzester Zeit ein Überangebot an Waren und Dienstleistungen, ein Nachfrageabbau in grossem Masse, welcher bereits zu Arbeitslosigkeit führte, zur Kurzarbeit in Hunderten von Betrieben mit Zehntausenden von Arbeitskräften.

Und da stellt sich die Frage nach den Ursachen, nach einem Versagen. Ein Versagen in erster Linie unserer Wirtschaft oder unseres Staates, oder ein Versagen unserer Gesellschaft. Will man zu dieser Frage Stellung beziehen — und man muss das mit Blick auf die Zukunft —, dann ist den Ursachen nachzugehen, welche zu diesem abrupten Szenenwechsel geführt haben. Neben vielen Einzelursachen von minderm Gewicht sind es im wesentlichen folgende:

- Einmal im Laufe der letzten Jahre eine weltweite Inflation, die in einzelnen Ländern zwanzig, dreissig, ja vierzig Prozent jährlich erreichte.

- Zweitens eine starke Verteuerung von Rohstoffen, so die Erdölverteuerung im Herbst 1973, ausgelöst durch die Produzentenländer. Die Hausfrauen denken vor allem an die Zuckerpreisexplosion; wir denken auch an die Metallpreise, die sich innert kürzester Zeit zum Teil verdoppelt und verdreifacht haben.

- Eine dritte Ursache, die weltweite Rezession, welche sich kurzfristig einstellte und zu hohen Arbeitslosenziffern in vielen Ländern führte, die in ganz bedeutendem Masse die dortige Konsumkraft beeinträchtigten. Arbeitslosenziffern, die glücklicherweise weit über das hinausgehen, was wir zu verzeichnen haben, wenn wir an die 5 bis 8 Prozent in den USA denken, von denen man jetzt schon spricht, 5 % in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich usw. Diese Millionen von Arbeitslosen bewirken den Rückgang der dortigen Konsumkraft, was sich ausserordentlich nachteilig vor allem für unsere exportorientierte Wirtschaft auswirkt.

- Hinzugekommen ist in der gleichen Zeit eine weitere Ursache, die Frankenaufwertung. Die Freigabe des Wechselkurses, der bis 1973 gebunden war, hat zu einer permanenten Abwertung ausländischer Währungen geführt (praktisch aller Währungen unserer Handelspartner mit unterschiedlichen Abwertungen, im Dollarraum bis zu 50 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich weniger, aber immerhin auch 10 Prozent übersteigend). Als Folge dieser Abwertung ausländischer Währungen oder Aufwertung des Schweizer Frankens resultierte eine wesentliche Verteuerung der schweizerischen Produktion im Export und zugleich eine Verteuerung der schweizerischen Dienstleistungen im Sektor des Tourismus.

- Eine fünfte Ursache kommt hinzu. Es hat sich gezeigt, dass in unserer Wirtschaft unter dem Eindruck des gewaltigen Nachfragedruckes der sechziger- und der

frühen siebziger Jahre Überkapazitäten geschaffen wurden, die nicht längerfristig ausgelastet werden können. Überkapazitäten, die ausgerichtet waren auf den Boom in verschiedenen Wirtschaftssektoren, aber nicht auf eine kontinuierliche, massvolle wirtschaftliche Entwicklung.

— Zu diesen fünf Ursachen gesellte sich eine sechste, die sich gegenwärtig auch psychologisch sehr nachteilig auswirkt. Es handelt sich um die Engpässe bei den öffentlichen Händen, beim Bund, teilweise und unterschiedlich auch bei den Kantonen und Gemeinden. Diese Engpässe des öffentlichen Haushaltes haben zu Sparmassnahmen geführt, welche weitgehend den Investitionssektor betreffen. Bei den Investitionen musste abgebaut werden und damit ausgerechnet bei jenen Massnahmen, die gegen eine Rezession wirken, bei Wirtschaftsgruppen, die unter zu rascher Rückbildung der Nachfrage ohnehin bereits zu leiden haben. Sie betreffen aber auch den Bereich unseres Sozialstaates: diese Sparmassnahmen haben beispielsweise dazu geführt, dass der Bund im Januar die Beiträge an unser grösstes Sozialwerk, die AHV, kurzfristig um mehr als ein halbe Milliarde abbaute und diese Summe auf Versicherungsnehmer und Arbeitgeber überwälzte.

— Zu diesen hauptsächlichsten Faktoren ist ein psychologisches Moment hinzugekommen: das Angstverhalten. Das Angstverhalten der Wirtschaft, die zum Teil von einer unerhörten Expansionsfreudigkeit in eine Expansionsangst bzw. in eine Investitionszurückhaltung umsteuert. Das Angstverhalten auch der Bevölkerung: Arbeitsplätze, die nicht mehr unter allen Umständen und langfristig gesichert gelten, Reserven des Einzelnen, die wieder mehr an Bedeutung gewonnen haben, das Sparverhalten, das jetzt wieder zunimmt im Bestreben, eigene Reserven für allenfalls schlechtere Zeiten zur Verfügung zu haben. Auch ein Angstverhalten der öffentlichen Hand ist zu beobachten. Ich glaube nicht, dass es wirtschaftspolitisch, gesellschaftspolitisch, staatspolitisch, sozial richtig wäre, in der heutigen Situation aus einem gewissen Angstverhalten heraus Mögliches zu unterlassen, nämlich: durch antizyklisches Verhalten Gegensteuer geben, rezessive Erscheinungen mindestens teilweise ausgleichen, bei aller Sparsamkeit massvoll und nach Massgabe der verfügbaren oder der zu beschaffenden Finanzmittel eine zukunftsgläubige Investitionspolitik zu betreiben. Selbstverständlich nach Massgabe der Finanzmittel, nicht durch blosses Geldschöpfung, weil sonst ein Übel durch ein anderes ersetzt, die Inflation erneut angeheizt würde. Wenn der Staat dazu in die Lage versetzt werden soll, müssen die notwendigen Geldmittel beschafft werden. Daran wollen wir am 8. Juni 1975 denken. Ich glaube, dass dieser Urnengang zu einer Stärkung der Leistungsfähigkeit unseres Bundeshaushaltes, zu einer gewissen Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und auch zur sozialen Sicherheit in unserem Lande beitragen wird.

Die Ursachen, die ich Ihnen darzulegen versuchte, welche zu diesem abrupten Szenenwechsel geführt haben, wären jede für sich allein nicht gewichtig genug gewesen, um aus einer blühenden Wirtschaft innerhalb Jahresfrist eine verunsicherte Wirtschaft zu machen. Jede dieser Einzelursachen wäre für sich oder in Kombination mit einer zweiten zu bewältigen gewesen, weil wir eine gesunde, leistungsfähige Wirtschaft haben und vor allem auch über eine überaus leistungsfähige und arbeitswillige Bevölkerung und einen guten, seriösen öffentlichen Haushalt verfügen. Fatal

war der Kombinationseffekt, das Zusammentreffen der erwähnten Hauptfaktoren innerhalb weniger Monate. Dieser Kombinationseffekt ist es, der zur heutigen Situation geführt hat; also eine Verkettung negativer Faktoren innerhalb eines kurzen Zeitraumes: ein brüsker, ein zu brüsker Szenenwechsel ohne genügende Adaptionszeit. Und damit erlaube ich mir die Frage nach dem «Verschulden» zu beantworten. Ein solches dürfen wir verneinen, ohne damit sagen zu wollen, dass wir nicht Fehler gemacht haben, dass nicht auch wir beigetragen haben zu einer gewissen Expansionseuphorie im wirtschaftlichen Bereich, dass nicht auch wir es in unseren Tätigkeiten an einer Sparsamkeit fehlen liessen, welche ohne Not und Qualitätsverlust durchaus möglich gewesen wäre. Abgesehen von solchem Fehlverhalten und ohne es übersehen oder beschönigen zu wollen, dürfen wir sagen, dass wir nicht von einem Verschulden der Wirtschaft, der Bevölkerung oder unserer Gemeinwesen bzw. öffentlichen Hand sprechen können. Es ist tatsächlich dieses unheilvolle, kurzfristige Zusammentreffen vielfältiger Hauptursachen, welche zu diesem Szenenwechsel, zu dieser Verunsicherung geführt hat.

III.

Und nun noch einige Gedanken zur heutigen Lage. Besteht die Gefahr einer eigentlichen Krise oder befinden wir uns bereits in einer solchen? Welche Ziele sind mit welchen Mitteln vom Staat, von der Wirtschaft, von der Gemeinschaft zu verfolgen? Ich glaube, dass die Ziele eindeutig vorgezeichnet sind.

An erster Stelle stehen Vollbeschäftigung und Stabilität. Ich verwende diese beiden Zielsetzungen bewusst miteinander an erster Stelle, um zu unterstreichen, dass es sich dabei nicht um Gegensätzlichkeiten bzw. um Alternativen handelt. Vollbeschäftigung und Stabilität bedingen sich gegenseitig. Sie können nicht losgelöst voneinander angestrebt und gesichert werden.

Das zweite Ziel ist ein massvolles Wachstum unserer Wirtschaft: die Bejahung einer wachsenden, nicht stagnierenden Wirtschaft. Ein Wachstum Null darf nicht zur Heillehre in unserem Lande gemacht werden. Ein massvolles Wachstum unserer Wirtschaft ist notwendig, verbunden mit einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes.

Ein drittes Ziel ist die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte.

Zu den Massnahmen, die zur Erreichung dieser Ziele führen können und die zu einem wesentlichen Teil in unserer Hand liegen: Davon ausgehend, dass die landeseigene Inflation und die weltweite Inflation eine ganz entscheidende Ursache für die wirtschaftliche Situation bilden, steht eine weitere Senkung der Inflationsrate im Vordergrund.

Eine zweite Massnahme ist die Stabilisierung des Zinsniveaus. Dies muss mit Blick auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Zinspolitik betont werden.

Die Ankurbelung von Investitionen steht an dritter Stelle. Man muss sich allerdings bewusst sein, dass die öffentliche Hand nicht mehr als ankurbeln kann. Sie hat keine grösseren Möglichkeiten und auch keine andere Aufgabe. Das übrige ist Sache der privaten Hand.

Als vierte Massnahme ist eine angepasste Geldmengenpolitik mit Rücksicht auf das Ziel Nummer 1, «Vollbeschäftigung und Stabilität», vorzusehen. Die Geldmengenpolitik darf nicht inflatorisch wirken.

Hinzu kommt der Ausbau von Sicherungsmassnahmen. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, dass wir auf diesem Gebiete in der Wachstums- bzw. Wohlstandseuphorie der letzten Jahre wohl etwas an möglichen Realitäten vorbeigelebt haben. Der Stand der Arbeitslosenversicherung in unserem Lande, eines der ganz wesentlichen Instrumente für die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, entspricht leider bei weitem nicht dem, was unserem wirtschaftlichen Niveau angemessen wäre. Unter dem Druck der heutigen Verhältnisse wird dieses Ziel ohne weiteres realisierbar sein. Beim Ausbau der Sicherungsmassnahmen, insbesondere auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, haben wir einiges nachzuholen.

Wenn wir uns die Ziele vergegenwärtigen, die wir verfolgen, und wenn die Massnahmen getroffen werden, die verfügbar sind, darf man annehmen, dass sich positive Erwartungen erfüllen. Selbstverständlich gibt es endogene Ursachen, die sich ausserhalb unseres Einflussbereiches bewegen, beispielsweise der tiefe Dollarkurs, den wir mit unserer relativ kleinen Geldmenge mit allen Interventionen der Nationalbank nicht entscheidend beeinflussen können. Aber es gibt doch wesentliche Massnahmen, die wir im Griff haben. Welche Erwartungen sind vertretbar?

Die Preishausse, die stürmische Bewegung der Rohstoffpreise in vielen Bereichen, ist am Kulminationspunkt angelangt. Dies aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt wohl gerade deshalb, weil übergrosse Lagerhaltungen jetzt wieder abgebaut werden. Sie werden auf den Markt geworfen, weil nicht mehr mit weiteren Preissteigerungen gerechnet werden kann.

Auch das Zinsniveau hat sich in unserem Lande, aber auch weltweit, beruhigt, zurückgebildet und einigermassen stabilisiert. Diese Stabilisierung ist wesentlich für den weiteren Wirtschaftsgang.

Die Geldversorgung in unserem Lande ist gut; sie ist der Nachfrage durchaus gewachsen.

Der Abbau von Überkapazitäten ist im Gang. Allerdings, und das erfüllt uns tatsächlich mit Sorge, zu abrupt auf verschiedenen Gebieten, vor allem in der Bauwirtschaft und in bestimmten Sektoren der Exportwirtschaft. Überkapazitäten müssen abgebaut werden; eine gewisse Redimensionierung ist unerlässlich, weil die Kapazitäten unsere Verhältnisse überstiegen haben. Aus dem gegenwärtig zu abrupten, zu kurzfristigen und ohne Anpassungszeit erfolgten Abbau der Überkapazitäten entstehen jedoch ernsthafte Probleme.

Eine weitere Feststellung betrifft den Abschwung, der weltweit, aber auch in unserem Lande gegenwärtig seine steilste Kurve erreicht haben dürfte. Diese Abschwungkurve wird nicht kurzfristig in eine Aufschwungkurve übergehen; sie wird sich langsam verflachen, allmählich auslaufen und dann vermutlich in eine Nullkurve übergehen. Wir dürfen annehmen, dass sich in absehbarer Zeit wieder ein langsamer Wiederanstieg einstellen wird, welcher zu einer Normalisierung der Lage führt. Der Durststrecke, die uns noch bevorsteht, müssen wir gewachsen sein. Und es wäre wahrhaftig ein Armutszeichen, wenn wir nicht in der Lage wären, nach einer Periode gewaltigen Wachstums mit einem derart erfreulichen Ausbau unserer Ge-

sellschaft, Wirtschaft und sozialen Sicherheit, eine zeitlich beschränkte und auch quantitativ begrenzbare Durststrecke zu überwinden. Ich kann mich deshalb nicht in die Reihe derjenigen stellen, welche Krisenangst predigen. Es ist an uns, unserer Bevölkerung, unserer Wirtschaft und unseren Gemeinwesen mit einer zuversichtlichen Haltung und im Vertrauen darauf, dass wir auch mit diesen Problemen fertig werden, beizustehen.

IV.

Die heutige Situation hat neben diesen Sorgen und neben menschlichen Tragödien für die Betroffenen doch auch positive Seiten. Wir werden uns des Wertes einer gesunden Wirtschaft wieder bewusst, wir stufen auch die soziale Sicherheit wieder so ein, wie sie es verdient. Die soziale Sicherheit gehört wieder zu den aktuellen Problemen, bildet ein echtes und bewusstes Anliegen in unserem Lande. Sie muss ja immer unser Anliegen sein, weil die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Gewährleistung der Entfaltungsmöglichkeiten, die Vorsorge gegen soziale Unsicherheit und eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes zu den wesentlichen Bestandteilen einer sozialen Ordnung gehören, und weil die soziale Ordnung stets Bestandteil unseres Staatsgedankens war.

Und darin sehe ich auch die besondere Aufgabe der in Ihrer Konferenz zusammengefassten Dienststellen der öffentlichen und der privaten Hände. Die Sozialleistungen dürfen nicht einfach als Geldleistungen verstanden werden: sie bedeuten eine Dienstleistung weit über die Geldleistung hinaus, eine Dienstleistung für den Menschen, für die Familie, vor allem für die Schwächeren und Bedürftigen in der Gesellschaft. Und solche Schwächere, Bedürftige wird es immer geben, bei allem wirtschaftlichen Fortschritt, bei allem Ausbau der sozialen Sicherheit, unserer sozialstaatlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Vorsorge. Diesen Menschen oder Familien ist, sei es mit Geldleistungen oder mit anderen Dienstleistungen, beizustehen. Für diese bedeutende Aufgabe, die Sie im Dienste unseres Sozialstaates erfüllen, danken ich Ihnen bei dieser Gelegenheit herzlich.

Die Schweiz wird ihren Weg als sozialer Wohlfahrtsstaat, aber auch als Rechts- und Ordnungsstaat, in die Zukunft finden und bewältigen. Hierfür bedarf es einer gesunden Wirtschaft mit einer massvollen und geordneten Entwicklung. Darin liegen Sinn und Rechtfertigung der Wirtschaft, die nicht Selbstzweck sein darf, sondern als Grundlage für die Sicherheit, für die Entfaltungsmöglichkeiten, für das Wohlergehen aller Menschen im Lande zu dienen hat. Diese Wirtschaft muss zugleich die Grundlage sein für einen leistungsfähigen, ordnenden und ausgleichenden Staat. In diesem Sinne bilden Wirtschaftsentwicklung und soziale Sicherheit ein Zwillingspaar, das gemeinsam ein wesentliches Fundament für eine gedeihliche Weitergestaltung unserer staatlichen Gemeinschaft darstellt.